

Stellungnahme des Bangladesch-Forums zur Situation in Bangladesch

(Dezember 2004)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeine Situation	2
2. Menschenrechtsverletzungen an Frauen	3
3. Verfolgung religiöser Minderheiten	4
4. Situation der indigenen Bevölkerung	5
5. Landrechte	5
6. Bekleidungsindustrie	6
7. Mangelnde Partizipation der armen Bevölkerung im PRSP-Prozess	7
8. Gefährdung für kritische Journalisten und Menschenrechtsverteidiger	8
9. Repressionen gegen Nichtregierungsorganisationen	9
10. Schlussfolgerungen	10

Mitglieder des Bangladesch-Forums sind

- amnesty international Deutsche Sektion, Berlin
- Arbeitskreis Bangladesch in Niedersachsen, Hannover
- Bangladesh Studien und Entwicklungszentrum
- Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Aachen
- Brot für die Welt, Stuttgart
- Evangelischer Entwicklungsdienst e.V. (EED), Bonn
- Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- Mati e.V. Selbstbestimmte Dorfentwicklung in Bangladesch, Wiesbaden
- NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V., Wetzlar
- Partnerschaft Shanti Bangladesch e.V., Rottweil
- Südasien Forum, Berlin

Einzelmitglieder sind die Wissenschaftlerinnen Dr. Petra Dannecker und Eva Gerharz von der Universität Bielefeld.

1. Allgemeine Situation

In den vergangenen Jahren hat sich die allgemeine Sicherheitslage in Bangladesch zugespitzt. Die Lebenssituation für einen Teil der armen Bevölkerung hat sich weiter verschlechtert. Partnerorganisationen der im Bangladesch-Forum zusammengeschlossenen Organisationen berichten über die deutliche Zunahme bewaffneter Gewalt. Eine Ursache hierfür ist die zunehmende Verbreitung von Kleinwaffen in Slums und bei Anhängern gewaltbereiter Gruppen. Gangs kontrollieren viele Stadtteile der Großstädte und ländliche Regionen. An Universitäten, aber auch in Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum kommt es regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Anfang April 2004 flog der größte Waffenschmuggel in der Geschichte Bangladeschs auf. Die im Hafen von Chittagong sichergestellten Waffen und Munition wurden mit zehn Lastwagen abtransportiert. Bangladesch war schon immer Durchgangsland für illegale Kleinwaffen. Nun werden sie zunehmend im Land selbst eingesetzt.

Bangladesch ist ein Land mit einem hohen Grad an Politisierung. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei spielt selbst im ländlichen Raum eine große Rolle. Die Verfolgung von Hindus, die seit der Regierungsübernahme durch die Bangladesh Nationalist Party (BNP) und zwei fundamentalistische Parteien, darunter die Jamaat-e-Islami, im Jahre 2001 zunächst mit großer direkter Gewalt, später durch subtilere Strategien durchgeführt wurde, wird von den Tätern mit deren angeblicher Nähe zur Awami League (AL), der größten Oppositionspartei, begründet.

Es mangelt an einem Demokratieverständnis, das Pluralismus als Grundlage anerkennt. Meinungsverschiedenheiten werden oft auf der Straße statt im Parlament ausgetragen. Unter der derzeitigen Regierungskoalition wird die Opposition unterdrückt und verfolgt. Die Sicherheit von Oppositionspolitikern ist nicht mehr gewährleistet. Unrühmlicher Höhepunkt war das Attentat auf die Vorsitzende der AL, Sheikh Hasina, am 21. August 2004. Bei dem Mordanschlag kamen 20 Mitglieder und Anhänger der Partei ums Leben. Über 200 Personen wurden verletzt. Sheikh Hasina konnte leicht verletzt entkommen.

Die Demokratie in Bangladesch befindet sich gegenwärtig in einer kritischen Situation. Die Übergriffe treffen nicht nur Oppositionspolitiker, sondern auch MitarbeiterInnen von zivilgesellschaftlichen Institutionen wie Nichtregierungsorganisationen (NRO), JournalistInnen und Intellektuelle. Frauen und Angehörige von religiösen und ethnischen Minderheiten werden ebenfalls häufig Opfer von Gewalt.

Beobachter gehen davon aus, dass große Teile der illegal vorhandenen Kleinwaffen von Organisationen kontrolliert werden, die der derzeitigen Regierungskoalition nahe stehen. Diese Grundkonstellation war unter der vorherigen von der AL angeführten Regierung die gleiche. Die Kriminalität hat weiter zugenommen. Zu ihrer Bekämpfung werden von der Regierung zusätzliche paramilitärische Gruppen eingesetzt, wie das Rapid Action Battalion (RAB), denen zahlreiche Morde angelastet werden.

Korruption, Straflosigkeit, mangelnde Transparenz und Rechenschaftslegung der staatlichen Organe haben zu einem großen Vertrauensverlust in der Bevölkerung geführt. Die Jamaat-e-Islami nutzt diese Situation geschickt, um sich als "moralische Alternative" zu präsentieren. Die Jamaat hat im Gegensatz zu den großen Parteien klare programmatische Ziele. Sie strebt an, durch ihre Kader muslimisch fundamentalistisches Gedankengut in der Verwaltung, in der Justiz und auf staatlichen Entscheidungsebenen zu verbreiten.

Bildungseinrichtungen wie Madrassen (Koranschulen), ländliche Wohlfahrtsprogramme, die gut organisierte Studentenarbeit und Frauengruppen in den Dörfern dienen dazu, den Einfluss der Fundamentalisten strukturell in allen Regionen Bangladeschs zu verankern. Auch in diesem Umfeld gibt es Gruppen, die über illegale Kleinwaffen verfügen.

Bangladesch verfügt über eine pluralistische religiöse Tradition. Der Islam im ländlichen Bangladesch ist ursprünglich stark vom Sufismus geprägt. Gegenwärtig aber wird von unseren Partnerorganisationen beobachtet, dass der Raum für nicht-fundamentalistische Auslegungen und Praktiken unter Muslimen immer enger wird. Zugleich breitet sich Intoleranz auch gegenüber Minderheiten aus.

2. Menschenrechtsverletzungen an Frauen

Die Anzahl von Gewalttaten gegen Frauen ist sehr hoch. Sexuell motivierte Gewalt wird von NRO zunehmend dokumentiert. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Ain-o-Shalish-Kendro wurden im ersten Halbjahr 2004 218 Frauen Opfer von Mitgift-Konflikten. 685 Vergewaltigungen und 159 Säureanschläge wurden registriert. Die Organisation stellte eine Zunahme der Fälle fest, in denen Frauen mit Waffen bedroht wurden. Gegen 18 Frauen wurden Fatwas ausgesprochen, obwohl das oberste Zivilgericht am 2. Januar 2001 alle Rechtsurteile islamischer Gelehrter für illegal erklärt hatte. Mitarbeiterinnen von NRO sind zunehmenden Repressionen ausgesetzt. In Gefängnissen und im Polizeigewahrsam sind Frauen häufig Opfer von Folter und sexuellem Missbrauch.

Zur Anklage oder gar Verurteilung des oder der Täter kommt es nach wie vor nur in seltenen Fällen. Am Beispiel von Säureattentaten kann dies verdeutlicht werden. Nach Aussage von Ain-o-Shalish-Kendro wird in 10 Prozent der Fälle Anklage erhoben und nur in einem Prozent eine Verurteilung ausgesprochen. Prozesse ziehen sich oft jahrelang hin. So geschehen bei Iva Jaynab Khanam, die im August 1998 in Chandipur im Barisal-Distrikt mutmaßlich vom Schwager ihres Bruders mit Säure begossen wurde. Ihre ältere Schwester Mahfuza erstattete Anzeige. Am 11. September 2004, als der Prozess endlich voranschritt, wurde Mahfuza umgebracht. Kurze Zeit später wurde ihr Neffe, Augenzeuge ihrer Ermordung, ebenfalls ermordet. Berichten zu Folge versucht die Polizei, zwei Brüder von Iva für die Ermordung des Neffen verantwortlich zu machen. Ivas Familie wird der Zutritt zu ihrem Haus verweigert. Der Prozess wegen des Säureanschlags ist noch immer anhängig.

Neben der verbreiteten Korruption ist nach Beurteilung von Frauenrechtsgruppen das Fehlen von staatlichen Hilfseinrichtungen für die Opfer und deren Familien sowie der Mangel an geschulten Polizeibeamten mitverantwortlich für die niedrige Rate an Verurteilungen. Erschwerend kommt hinzu, dass seit einigen Jahren Gesetze zum Schutz von Frauen und Kindern dahingehend verschärft wurden, dass bei Säureattentaten die Todesstrafe vorgesehen ist. Nach unserer Einschätzung kann dies dazu führen, dass der Druck auf die Opfer und deren Familien wächst, sich außergerichtlich zu einigen, da es sich bei den Tätern oft um Verwandte oder Nachbarn handelt. Die hohe Anzahl von Säureattentaten im ersten Halbjahr 2004 lässt den Schluss zu, dass der Acid Crime Prevention Act von 2002, der u.a. den Besitz, die Produktion und den Handel mit Säure stark einschränken soll, wenig bewirkt.

3. Verfolgung religiöser Minderheiten

Die Religionsfreiheit in Bangladesch ist seit den Parlamentswahlen im Oktober 2001 und der Regierungsbildung der BNP mit der Jamaat-e-Islami und einer weiteren fundamentalistischen Partei zunehmend gefährdet. Sofort nach den Wahlen wurden Hindu-Angehörige Opfer einer Verfolgungswelle. Sie wurden in großer Zahl misshandelt, geschlagen, vergewaltigt sowie von ihren Häusern und Besitzungen vertrieben. Die Hindus stehen bei der Regierung im Ruf, der AL nahe zu stehen. Nach Erkenntnissen von amnesty international (ai) sind die Sicherheitskräfte entweder gar nicht, nicht ausreichend oder viel zu spät zum Schutz der Hindus eingeschritten. Der Forderung von ai und anderen Menschenrechtsorganisationen, die Übergriffe von einer unabhängigen Kommission untersuchen zu lassen, ist die Regierung bis heute nicht nachgekommen.

In jüngster Zeit kam es außerdem vermehrt zu Angriffen auf die muslimische Glaubensgemeinschaft der Ahmadiyyas. Seit dem Herbst 2003 ziehen fast jeden Freitag Demonstranten vor ihre Moscheen und Bibliotheken. Sie skandieren Hassgesänge und besetzen die religiösen Stätten. Im Oktober 2003 wurde Imam Shah Alam im Distrikt Jessore von einem aufgehetzten Mob erschlagen, als er sich weigerte, seinen Glauben zu verleugnen. Die Führer des islamistischen International Khatme Nabuwat Movement Bangladesh (IKNMB) verlangen, die Ahmadiyyas für "unislamisch" zu erklären. Mit einer Forderung haben sie sich bereits durchgesetzt: Anfang 2004 hat die Regierung religiöse Schriften der Ahmadiyyas verboten. Es bedarf dringend einer unabhängigen und unparteiischen Untersuchung der Ermordung Imam Shah Alams.. Die Angehörigen der Ahmadiyyas sollen geschützt werden – eine Forderung, der die Sicherheitskräfte erst in jüngster Zeit besser nachkommen. Am 5. November 2004 besuchten sechs Botschafter von EU-Staaten, darunter der deutsche Botschafter Dietrich Andreas, die Nakhalpara-Moschee der Ahmadiyyas in Dhaka; ihr gemeinsamer Auftritt verhinderte die vom IKNMB angekündigte Erstürmung des Gebetshauses.

Neben den Hindus und Ahmadiyyas sehen sich auch die kleinen Glaubensgemeinschaften der Christen und Buddhisten von Zeit zu Zeit religiöser Verfolgung ausgesetzt.

4. Situation der indigenen Bevölkerung

Die bangladeschische Politik der vergangenen 30 Jahre hat die Bemühungen um den Erhalt der kulturellen Besonderheiten in der Lebensweise von indigenen Völkern, die als kleine Minderheiten im Norden und Westen sowie in den Chittagong Hill Tracts (CHT) leben, konterkariert. Der langjährige bewaffnete Konflikt in den CHT wurde mit dem Friedensabkommen im Jahr 1997 weitgehend eingedämmt. Die darin getroffenen Vereinbarungen wurden bisher jedoch allenfalls in Ansätzen umgesetzt. Dazu gehören Kernvereinbarungen wie der Abzug des Militärs oder die Einrichtung einer Landrechtskommission. Letztere soll die komplexen Landkonflikte zwischen den aus Flüchtlingslagern zurückgekehrten indigenen Gruppen und den von staatlicher Seite systematisch angesiedelten bengalischen Siedlern regeln.

Stattdessen ist unter der derzeitigen Koalitionsregierung, deren Parteien das Friedensabkommen 1997 offen abgelehnt haben, die Militarisierung wieder fortgeschritten. Die lokalen Entscheidungsgremien wie CHT Regional Council und die Hill District Councils, denen laut Friedensabkommen eine wichtige Rolle in allen Fragen der Region zukommt, werden von staatlicher Stelle übergangen und geschwächt. Seit Mitte Oktober 2004 kommen auch paramilitärische RAB-Einheiten in den CHT zum Einsatz. Der Parlamentsausschuss für Umwelt und Forstwirtschaft hat am 16. Oktober 2004 beantragt, das Friedensabkommen dahingehend zu ändern, dass die Anzahl von Armee-Camps zum Schutz des Waldes erhöht werden kann. Darüber hinaus sind unseren Partnerorganisationen Pläne bekannt geworden, Polizeiverbände in den CHT durch Militäreinheiten zu ersetzen.

Folgen der Militarisierung sind wiederholt Menschenrechtsverletzungen an der indigenen Bevölkerung durch das Militär und Übergriffe durch bengalische Siedler, die teilweise zur "Selbstverteidigung" mit Kleinwaffen ausgestattet worden sind. Initiativen zur Entwicklung der Region, die den Interessen der indigenen Bevölkerung gerecht werden, werden stark behindert.

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit kann die Entwicklung der CHT positiv wie negativ beeinflussen. Deshalb ist von den Gebern eine hohe Sensibilität gefragt. Die Einbeziehung der lokalen Entscheidungsgremien und der lokalen Bevölkerung findet nicht ausreichend statt. Deshalb sind die Aktivitäten häufig nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet.

5. Landrechte

1964 lebten 9,4 Millionen Hindus in Ostbengalen. Gemessen am Bevölkerungswachstum hätte sich die Zahl der Hindus bis 1991 auf 16,5 Millionen erhöhen müssen. Doch laut amtlichen Statistiken betrug die Zahl der Hindus in Bangladesch 1991 nur 11,2 Millionen. Der Grund für diese geringe Zahl ist, dass in der Zeit zwischen 1964 und 1991 mehrere Millionen Hindus ihre Heimat verlassen haben. Kritische

Sozialwissenschaftler sprechen daher von einer "fehlenden Hindu-Bevölkerung" von 5,3 Millionen Menschen.

Seit der Unabhängigkeit Bangladeschs wurde immer wieder gefordert, das "Gesetz zum übertragenen Eigentum" (Vested Property Act) abzuschaffen. Dieses aus dem Enemy Property Act hervorgegangene Gesetz, das die Enteignung und Verteilung von Land von geflohenen Hindus während der Teilung Indiens regelte, wird immer noch als Referenzrahmen genutzt, um Angehörige nicht-muslimischer Gemeinschaften, die in Bangladesch leben und dort Landbesitz haben, von ihrem Land zu vertreiben. In einem Land mit weit verbreiteter Korruption trägt dieses Gesetzes zur Rechtsunsicherheit von Minderheiten bei. Menschenrechtsorganisationen fordern deshalb eine sofortige Abschaffung des Gesetzes.

2001 wurde kurz vor Ende der Legislaturperiode das "Gesetz zum übertragenen Eigentum" durch das "Gesetz zur Rückgabe von übertragenem Eigentum" (Vested Property Handing Over Law) ersetzt. Laut diesem Gesetz sollte alles Eigentum, das vom Staat zum "übertragenen Eigentum" erklärt worden war, amtlich bekannt gemacht werden. Diejenigen, deren Eigentum konfisziert worden war, sollten ihr Eigentum gerichtlich zurückfordern können. Das Gesetz erklärte auch, dass in Zukunft kein Hindu-Eigentum mehr als "übertragenes Eigentum" konfisziert werden könne. Die im Jahr 2001 neu gewählte BNP-geführte Regierung beschloss jedoch, dass "Gesetz zur Rückgabe von übertragenem Eigentum" vorläufig nicht in die Praxis umzusetzen. Millionen Hindus in Bangladesch leben somit in einem Staat, in dem sie nicht dieselbe Rechtssicherheit haben wie die muslimische Bevölkerungsmehrheit.

6. Bekleidungsindustrie

Die Bekleidungsindustrie erwirtschaftet rund 75 Prozent der Exporterlöse des Landes. Etwa 1,8 Millionen Menschen in über 3000 Fabriken produzieren Kleidung für den Weltmarkt. Über 80 Prozent der ArbeiterInnen sind Frauen. Die meisten sind jünger als 25 Jahre.

Die Arbeitsbedingungen in vielen Fabriken sind sehr schlecht. Arbeitszeiten von 80 Stunden und mehr in einer Woche plus Nachtschichten und schlechte Gesundheitsbedingungen führen dazu, dass viele Frauen nach einigen Jahren nicht mehr weiter arbeiten können.

Beim Aufbau der Bekleidungsindustrie in den 1980er und 1990er Jahren wurden Privathäuser in Fabriken umgewandelt. Bis heute verfügen sie über keine ausreichenden Sicherheitsstandards. Bei Bränden starben in den vergangenen 14 Jahren rund 300 ArbeiterInnen. Oft waren Notausgänge verschlossen und Fluchtwege versperrt.

Durch das Auslaufen des Welttextilabkommens Ende 2004 sind viele Arbeitsplätze in Bangladesch gefährdet. Für viele Frauen, die in der Bekleidungsindustrie beschäftigt sind, ist es existentiell, ihre Arbeitsplätze zu behalten.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die zu einer höheren Produktivität und damit zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt führen könnte, ist bisher kaum zu beobachten. Auch die Schaffung von Voraussetzungen für einen schnelleren Export geht nur langsam voran.

7. Mangelnde Partizipation der armen Bevölkerung im PRSP-Prozess

Bezüglich der Millenniums-Entwicklungsziele hat Bangladesch in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Lag die Einschulungsquote für Grundschulen 1990 noch bei 56 Prozent, ist sie bis zum Jahre 2000 auf 75 Prozent angestiegen. Der Anteil von Mädchen in Grund- und weiterführenden Schulen entspricht mittlerweile dem Anteil der Jungen. Jedoch lag die Einschulungs-Quote von Kindern extrem armer Haushalte im Jahr 2000 lediglich bei 58 Prozent. Darüber hinaus brechen 85 Prozent der Kinder extrem armer Familien ihre schulische Laufbahn ab, bevor sie den Grundschulabschluss erreicht haben. Zwar ist es Bangladesch gelungen, die Kindersterblichkeit der unter Fünfjährigen deutlich zu reduzieren. Trotzdem ist sie immer noch hoch. Außerdem liegt die Sterblichkeitsrate bei den Mädchen unverändert um ein Drittel höher als bei den Jungen.

Die Regierung Bangladeschs hat 2003 ein Interims-Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (Interims-PRSP) verabschiedet und plant Anfang 2005 ein endgültiges Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP) bei der Weltbank einzureichen, um weiterhin konzessionäre Kredite zu erhalten.

Laut Weltbank soll dieses Strategiepapier nicht für die Entwicklungshilfe-Geber geschrieben werden. Die Bevölkerung von Bangladesch selbst soll es sich zu Eigen machen. Die Weltbank spricht explizit von "country ownership" im Gegensatz zu "government ownership". Das Strategiepapier soll im Rahmen einer gesellschaftlichen Debatte entwickelt werden. Dies schließt sowohl lokale Akteure als auch die arme Bevölkerung selbst ein. Diese von der Weltbank gewünschte Partizipation hat jedoch nur sehr begrenzt stattgefunden. Um den Schein zu wahren, hat die NRO BRAC Workshops mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Distrikt- und Divisionsebene organisiert. Von einem wirklichen Konsultationsprozess mit der ländlichen Bevölkerung kann aber nicht gesprochen werden, da zu den Beratungen nur einige professionelle Eliten eingeladen wurden. Das Papier liegt ausschließlich in Englisch vor, ist also für weite Teile der Bevölkerung nicht zugänglich. Die Begriffe Partizipation und "ownership" werden damit ad absurdum geführt.

Wachstum soll laut PRSP zu Armutsreduzierung führen. Im Interims-PRSP fehlt eine konkrete Strategie zur Erreichung dieses Ziels. Es besteht die Gefahr, dass das Wirtschaftswachstum an den Interessen der armen Bevölkerung vorbeigeht.

Das gilt insbesondere für die ärmsten 24 Prozent der Bevölkerung, den so genannten extrem armen Menschen. Dazu zählen zu einem großen Anteil frauengeführte Haushalte, wie von Witwen und geschiedenen Frauen, oder Familien, bei denen der

Mann wegen Behinderung oder Krankheit nicht arbeitsfähig ist. Diese Gruppen werden bisher von staatlichen Leistungen weitgehend ausgeschlossen. Die angestrebte Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation und des Bildungsgrades dieser Bevölkerungsgruppe als Beitrag zu langfristiger wirtschaftlicher Stabilisierung ist im Interims-PRSP nicht ausreichend dargelegt.

Es fehlen außerdem Aussagen zur Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen, um armen Bevölkerungsgruppen Zugang zu Ressourcen und Märkten zu verschaffen und sie am Wertschöpfungsprozess teilhaben zu lassen. Auch Aussagen zum freien Zugang zu Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und zum Rechtssystem lässt der PRSP-Prozess vermissen.

8. Gefährdung kritischer Journalisten und Menschenrechtsverteidiger

Opfer von politisch motivierten Übergriffen sind neben den Mitgliedern der Opposition in Bangladesch vor allem VertreterInnen der Medien und MenschenrechtsverteidigerInnen. Im Jahr 2004 wurden bis Ende September bereits vier Journalisten ermordet, weil sie über Gesetzesverstöße, wie Korruption und Machtmissbrauch, berichtet hatten. Journalisten der Zeitung "Prothom Alo", die über Militärübungen von Koranschülern und Waffenlager bei Madrassen in der Gegend von Chittagong schrieben, erhielten Morddrohungen. Grundsätzlich gilt, dass die Behörden in Bangladesch wenig oder gar nichts zum Schutz bedrohter Journalisten unternehmen. Zudem werden Zeitungs- und Fotoreporter von Sicherheitskräften bei ihrer Arbeit behindert, unter Druck gesetzt oder misshandelt.

Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen sind allein im Jahr 2003 mehr als 200 Journalisten tödlich angegriffen oder massiv bedroht worden. Damit sei Bangladesch das Land, in dem weltweit die meisten Übergriffe registriert wurden. Auch das Committee to Protect Journalists zählt Bangladesch zu den Staaten, in denen Journalisten weltweit den größten Gefahren ausgesetzt sind.

Unter den Toten des Jahres 2004 ist Manik Shaha aus der Großstadt Khulna. Der Journalist und Kritiker der lokalen BNP wurde am 16. Januar 2004 in seiner Heimatstadt ermordet. Am 27. Juni 2004 wurde ebenfalls in Khulna der Journalist Humayun Kabir bei einem Anschlag tödlich verletzt. In beiden Fällen sind die Täter bislang unbekannt.

Schon am 29. November 2003 ist der muslimische Journalist und Herausgeber der Wochenzeitung "Blitz", Salauddin Shoib Chowdhury, vor dem Abflug zu einer Israel-Reise wegen angeblicher Spionage verhaftet worden. Er wollte dort an einer Konferenz der Hebrew Writers Association teilnehmen. Ein Antrag auf Kautions- und Freilassung wurde abgelehnt.

Typisch ist der Fall Humayun Kabir. Der Redakteur der Regionalzeitung Dakhinanchal in Jhalakati im südbangladeschischen Distrikt Barisal wurde am 4. Dezember 2003 durch Messerstiche schwer verletzt. Er hatte sich kritisch über den

örtlichen Abgeordneten Mir Ziaud-din Mizan geäußert. Die Zeitungen Janakantha und Dakhinanchal dürfen in der Region nicht erscheinen. Bei Protesten von Kollegen Humayun Kabirs wenige Tage später griffen Mitglieder der Regierungspartei BNP und ihrer Jugendorganisation, Jatiyatabadi Jubo Dal, den Jhalakati Press Club an. Fünf Journalisten wurden verletzt, ohne dass die Polizei einschritt.

Die Journalistin Sumi Khan wurde am 27. April 2004 in Chittagong mit Messerstichen verletzt. Sie war auf dem Weg zu einem Kurierdienst, um von dort einen Artikel an ihre Redaktion zu schicken, als drei Männer in einer Auto-Rikscha versuchten, sie in ihr Fahrzeug zu zerren. Als Sumi Khan sich wehrte, stachen die Männer auf sie ein. Sie hatte über die Beteiligung von Lokalpolitikern und religiösen Gruppen an Angriffen auf Minderheiten und Entführungen sowie Fälle unrechtmäßiger Aneignung von Land durch Großgrundbesitzer geschrieben.

Zielscheibe von Angriffen fundamentalistischer Muslime war Humayun Azad. Der Literaturprofessor der Universität Dhaka und Publizist hatte sich in seinem Buch "Pak Sar Zamin Saad Baad" mit islamischen Gruppen und deren Rolle während des Unabhängigkeitskrieges beschäftigt. Am 27. Februar 2004 wurde er durch drei Messerstiche schwer verletzt. Anschließend hielt er sich zur medizinischen Behandlung mehrere Monate in Thailand auf. Sofort nach seiner Rückkehr setzten wieder Drohungen gegen ihn und seine Familie ein. Im August 2004 konnte Humayun Azad auf Einladung des PEN nach Deutschland reisen. Dort starb er am 12. August in München an Herzversagen.

9. Repressionen gegen Nichtregierungsorganisationen

Die aktuelle repressive Politik der Regierung gegen NRO gefährdet weitere Fortschritte in der Armutsbekämpfung. Die Organisationen verlieren zunehmend die Möglichkeit, sich für Frauen- und Menschenrechte und gesellschaftliche Veränderungen zu engagieren.

NRO in Bangladesch unterscheiden sich erheblich in ihrer Größe, in ihren Programmen und in der Qualität ihrer Arbeit. Doch die Probleme, die bei einem Teil der Organisationen vorhanden sind, rechtfertigen nicht das gegenwärtige repressive Vorgehen der Regierung.

Die Maßnahmen der Regierung gegen einzelne, in der demokratischen Bildung engagierte NRO sind eindeutig politisch motiviert. Ähnlich wie gegenüber den Oppositionsparteien scheint es auch hier darum zu gehen, kritischen Stimmen keinen Raum zu geben. Zudem möchte die Jamaat-e-Islami die Stärkung von Frauen verhindern und säkulare zivilgesellschaftliche Kräfte schwächen.

Bisher waren fünf national tätige Organisationen den Repressionen ausgesetzt, darunter auch Partnerorganisationen der im Bangladesch-Forum zusammengeschlossenen deutschen Organisationen. Seit kurzem stehen weitere lokale NRO auf der "Schwarzen Liste". Die Regierung hat begonnen, bei zehn dieser Organisationen

Untersuchungen durchzuführen. Zudem wurden sie aufgefordert, sich politisch nicht zu betätigen.

Qazi Faruque Ahmed, Präsident der NRO Proshika, und seine Kollegen wurden aufgrund des internationalen Drucks, u.a. der EU-Kommission und bilateraler Geber, gegen Kautionshaft entlassen. Doch weiterhin wird Proshika an der Ausübung von gesellschaftspolitischen Aktivitäten gehindert.

Das im Februar 2004 ins Parlament eingebrachte Gesetz zur Regulierung und Beschränkung der NRO ist von der Regierung innerhalb kurzer Zeit zurückgezogen worden. Dazu hat der Druck der Geber wesentlich beigetragen. Bangladesch hat bereits das restriktivste Gesetz zur Kontrolle der NRO in Südasien. Eine weitere Verschärfung würde zum einen die Meinungs- und Organisationsfreiheit der NRO einschränken und zum anderen den Beamten Möglichkeiten geben, Bestechungsgelder zu verlangen. In den vergangenen Jahren ist bereits eine deutliche Zunahme der Korruption im staatlichen Büro für NRO-Angelegenheiten zu beobachten.

Eine Initiative der Entwicklungshilfe-Geber zur Revision der NRO-Gesetzgebung ist in Vorbereitung. Dabei werden VertreterInnen der NRO einbezogen. Noch ist allerdings ungeklärt, wie NRO, insbesondere die beiden NRO-Dachverbände in Bangladesch, ADAB und FNB, am offiziellen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden sollen.

Insbesondere die europäischen Geber haben sich bereits intensiv für die Belange der NRO eingesetzt. Ein deutliches Signal der internationalen Finanzinstitutionen steht allerdings noch aus.

10. Schlussfolgerungen

Die Zusammenarbeit mit Bangladesch hat für die Regierungen der Europäischen Union und anderer Industriestaaten sowie für internationale Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit eine große Bedeutung. Gründe sind nicht nur das humanitäre Engagement und die Verpflichtung der Industriestaaten zur Armutsbekämpfung in einem der ärmsten Länder der Welt. Durch seine geostrategische Lage in Nachbarschaft zu Indien und China sowie die bisher kaum erschlossenen Gasvorkommen ist Bangladesch auch ein interessanter Partner westlicher Industrienationen. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen der armen Bevölkerung durch besseren Zugang zu Ressourcen und Teilhabe an Entscheidungsprozessen, die die arme und benachteiligte Bevölkerung begünstigen, sind Ziele der Organisationen, die sich im Bangladesch-Forum zusammengeschlossen haben.

Zurzeit ist in Bangladesch eine Destabilisierung zu beobachten, die das Fortbestehen einer demokratischen Praxis akut bedroht. Diese Situation wird von Gegnern der Demokratie, wie islamischen Fundamentalisten und Kriminellen, ausgenutzt. Die Verbreitung von Kleinwaffen, mangelnde demokratische Rechenschaftslegung sowie

die Unterdrückung der Opposition und der kritischen Zivilgesellschaft durch die Regierung verschärfen die Krise.

Die im Bangladesch-Forum zusammengeschlossenen Organisationen und Einzelmitglieder suchen hierzu untereinander sowie mit ihren Partnerorganisationen in Bangladesch das Gespräch zur Weiterentwicklung und Aktualisierung der Analyse und der Entwicklung von Handlungsoptionen. Die gegenwärtige Situation sollte nicht als Vorwand genutzt werden, sich aus Bangladesch zurückzuziehen. Vielmehr tritt das Bangladesch-Forum dafür ein, dass die Kräfte innerhalb Bangladeschs gestärkt werden, die sich für Menschenrechte und eine demokratischere und gerechtere Gesellschaft einsetzen.